

ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Kommunale Maßnahmenplanung für atomare Störfälle

Beratungsfolge:

21.02.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Anfragetext:

- a) Gibt es ein Frühwarnsystem für atomare Störfälle, das auch unterhalb der Ebene der Landesverwaltung die möglicherweise gefährdeten Regionen und Kommunen umfasst?
- b) Hat die Stadt Hagen für den Katastrophenfall ein Notfallkonzept?
- c) Existieren bei der Hagener Feuerwehr oder anderen Einrichtungen des Katastrophenschutzes Dekontaminierungsmöglichkeiten?
- d) Ist ggf. vorgesehen, wie z. B. in Aachen, durch die Stadt Jod-Tabletten mit einer entsprechenden Applizierungsinformation zu verteilen, und ist Hagen damit bevorratet?

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:



An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause -

11.02.2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 21.02.2018 gem. § 5 (1) GeschO folgende schriftliche Anfrage auf die Tagesordnung:

Kommunale Maßnahmenplanung für atomare Störfälle

Vorbemerkung:

In einem aktuellen Beitrag des Reportagemagazins Monitor wurde gemeldet: 8 von 14 sogenannten Precursor-Fällen bei belgischen AKW fanden im belgischen Atomkraftwerk Tihange 1 statt. Precursor-Fälle sind starke Vorzeichen für einen schwerwiegenden atomaren Störfall bis hin zum GAU.

Hagen liegt zwar mehrere hundert km entfernt vom AKW Tihange, aber bei den bei uns häufig vorliegenden Westwinden wären wir im Falle eines schwerwiegenden Störfalles vielleicht schon nach wenigen Stunden stark betroffen.

Aus diesem Grund stellen wir die folgende
Anfrage:

- a) Gibt es ein Frühwarnsystem für atomare Störfälle, das auch unterhalb der Ebene der Landesverwaltung die möglicherweise gefährdeten Regionen und Kommunen umfasst?
- b) Hat die Stadt Hagen für den Katastrophenfall ein Notfallkonzept?
- c) Existieren bei der Hagener Feuerwehr oder anderen Einrichtungen des Katastrophenschutzes Dekontaminierungsmöglichkeiten?

- d) Ist ggf. vorgesehen, wie z.B. in Aachen durch die Stadt Jod-Tabletten mit einer entsprechenden Applizierungsinformation zu verteilen, und ist Hagen damit bevorratet?

Mit freundlichen Grüßen

Hildegund Kingreen
Ausschussmitglied

f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer



Stadt Hagen · 11 · Postfach 4249 · 58042 Hagen

An die

Geschäftsstelle des Umweltausschuss
Herrn Hans-Georg Panzer

Amt für Brand-und Katastrophenschutz

Florianstraße 2-4 58119 Hagen

Auskunft erteilt
Dipl. Ing. Veit Lenke
Leiter der Feuerwehr
Telefon 02331/3741100
Fax 02331/3741100
E-Mail veit.lenke@stadt-hagen.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
12.02.2018

Mein Zeichen, Datum
37, 15.02.2018

Sitzung Umweltausschuss 21.02.2018
Anfrage gem. §5 der GeschO

Sehr geehrter Herr Panzer,

die Fraktion der Bündnis 90/Grüne hat nach einer Maßnahmenplanung für atomare Störfälle erfragt.

Das Amt für Brand-Und Katastrophenschutz nimmt zu den einzelnen Fragen dazu wie folgt Stellung:

Gibt es ein Frühwarnsystem für atomare Störfälle, das auch unterhalb der Ebene der Landesverwaltung die möglicherweise gefährdeten Regionen und Kommunen umfasst?

Es gibt keine Frühwarnsysteme auf regionaler bzw. kommunaler Ebene, die permanent die Radioaktivität in der Luft überwachen. Dies geschieht durch ein weltweites Netz von ca. 80 Messstationen, an dem das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit seiner Messstation für Mitteleuropa in Freiburg beteiligt ist. Darüber hinaus unterhält das BfS ein Messnetz mit ca. 1.800 Messsonden, das kontinuierlich die äußere Strahlenbelastung misst und somit im Falle eines nuklearen Notfalls auf der Basis von Wetter- und Freisetzungsprediktions bis zu 72 Stunden vorhersagen kann, welche Gebiete mit welchen Belastungen zu rechnen haben.

In Hagen betreibt das Bundesamt für Strahlenschutz eine Messstelle im Hameckepark. Die aktuellen Messwerte sind ohne persönliche Kennung einsehbar:

<https://odlinfo.bfs.de/DE/aktuelles/messstelle/059140001.html>

Bei der Gefahr eines Unglücksfalles in Thiange würden die Messwerte permanent überwacht, um zeitnahe Warnhinweise an die Bevölkerung zu übermitteln.



STADT HAGEN

Stadt der FernUniversität
Briefadresse: Postfach 4249, 58042 Hagen
Paketadresse: Rathausstr. 11, 58095 Hagen
Vermittlung: 02331/207-5000

Sparkasse HagenHerdecke (BLZ 450 500 01)

Kto.-Nr. 100 000 444

IBAN DE23 4505 0001 0100 0004 44

BIC WELADE3HXXX

weitere Banken unter www.hagen.de/bankverbindungen

Hat die Stadt Hagen für den Katastrophenfall ein Notfallkonzept?

Wie alle Städte in NRW aktualisiert die Stadt Hagen derzeit ihren Katastrophenschutzplan anhand eines Musterplanes, der eine Vergleichbarkeit und einen einheitlichen Aufbau der Schutzpläne sicherstellen und damit die Zusammenarbeit der kommunalen Katastrophenschutzbehörden im Katastrophenfall vereinfachen soll.

Teil dieser Katastrophenschutzpläne sind auch Konzepte für den Fall technischer Gefahren mit großem Ausbreitungspotenzial, somit auch eines Reaktorunfalls. Festgelegt werden die erforderlichen Maßnahmen in Abhängigkeit der Gefahrensituation, z.B.

- Maßnahmen zur Bevölkerungsinformation
- Schwellen und Maßnahmen für Räumung / Evakuierung
- Ausgabe von Jodtabletten (s. auch Antwort d)
- Messaufgaben (stationär / mobil)

Existieren bei der Hagener Feuerwehr oder anderen Einrichtungen des Katastrophenschutzes Dekontaminationsmöglichkeiten?

Die Feuerwehr Hagen verfügt über Fahrzeuge zur Errichtung von Dekontaminationsstationen, die allerdings vorrangig zur Dekontamination exponiert eingesetzter Einsatzkräfte vorgesehen sind. Bei einer lokalen Schadenslage könnten im Rahmen der überörtlichen Hilfe weitere derartige Fahrzeuge von anderen Gemeinden bzw. vom Land angefordert werden. Allerdings stünden diese zusätzlichen Fahrzeuge im Fall einer großflächigen Bedrohung in Folge eines Reaktorunfalls verständlicher Weise nicht bzw. nur in sehr eingeschränktem Umfang zur Verfügung.

Im Falle eines nuklearen Schadensereignisses bestehen Gefahren durch

- Strahlung aufgrund der Kontamination von Haut, Kleidung oder Gegenständen
- Strahlung aus der radioaktiven Wolke
- Strahlung aufgrund der Bodenkontamination
- Inhalation luftgetragener radioaktiver Stoffe aus der radioaktiven Wolke
- Ingestion kontaminierte Lebensmittel
- Inhalation aufgewirbelter Radionuklide, die zuvor schon auf dem Boden, auf den Gegenständen und der Kleidung abgelagert waren.

Lediglich gegen die Strahlung aufgrund der Kontamination von Haut, Kleidung oder Gegenständen könnte eine Dekontamination einen gewissen Schutz bieten.

Daher sieht das Katastrophenschutzkonzept an Stelle einer Dekontamination die Kontaminationsvermeidung vor (Aufenthalt in geschlossenen Räumen, kein Verzehr von Frischmilch, frisch geerntetem Gemüse etc.).

Ist ggf. vorgesehen, wie z.B. in Aachen durch die Stadt Jod-Tabletten mit einer entsprechenden Applizierungsinformation zu verteilen, und ist Hagen damit bevorratet?

Jede Katastrophenschutzbehörde hat laut Erlass des Innenministeriums die Maßnahme „Jodblockade“ durch Festlegung von Verteilwegen und Ausgabeverfahren vorzubereiten (s. auch Antwort b). Die Tabletten einschließlich der Gebrauchsinformation sind in entsprechender Zahl bei der Stadt Hagen eingelagert. Im Gegensatz zu Aachen, dass in der sogenannten Mittelzone (weniger als 20 km von Tihange entfernt) liegt, ist in Hagen allerdings keine Vorverteilung, sondern lediglich die Verteilung im Ereignisfall zulässig.

Ich hoffe mit der Beantwortung der Fragen für Aufklärung gesorgt zu haben, und stehe für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

